Sehr geehrter Frau Ratsvorsitzende, sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, sehr geehrte Damen und Herren,

Faktoren müssen zusammenwirken.

das Zitat des Herr Bürgermeisters am Ende seiner Einbringungsrede (Zitat)"Am Mute hängt der Erfolg" (Theodor Fontane) ist sehr unterschiedlich zu verstehen.

Wenn man sich die Haushalte der letzten Jahre anschaut, dann ist festzustellen, dass bei der Einbringung der Haushalte immer wieder von einem hohen Defizit ausgegangen worden ist. Am Ende des Haushaltsjahres wurde aber sichtbar, dass sich das Haushaltsjahr viel besser entwickelte als prognostiziert. Sicherlich, das mag verschiedenste Ursachen haben, von einer guten Planung und Steuerung zeugt dies aber nicht. Das macht es für politische Gremien schwer, eine entsprechend nachhaltige Politik zu entwickeln. Bei schwankenden Steuereinnahmen, gerade im Bereich der Gewerbesteuer, ist es sinnvoll, wenn sich die Verwaltungsspitze in regelmäßigen Abständen (evtl. quartalsweise) mit den Unternehmen zusammensetzt, die die größten Anteile an der Gewerbesteuer zahlen, um so zu erfahren, wie sich deren Steueraufkommen entwickeln wird.

Ständig soll gespart werden, überwiegend an den freiwilligen Leistungen. Diese machen aber einen Großteil der Lebensqualität in Neustadt aus. Sie sind es, die es vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung zukunftsfähig zu gestalten gilt. Sie sind es aber nicht alleine. Mehrere

Die Verwaltung muss sich weiterhin strukturell in allen Bereichen mittel- und langfristig zukunftsorientiert aufstellen. Dazu gehören zukunftsweisende Ideen. Wenn die Verwaltungsspitze öffentlich sagt, ihnen ist zum Haushaltssicherungskonzept nichts Neues mehr eingefallen und deshalb wird das alte genommen, oder die Politik soll Vorschläge machen, dann halte ich das in einem hohen Maß für kritikwürdig. Von einer führungsstarken und gut besoldeten Verwaltungsspitze erwarte ich entsprechende Konzepte und nicht das "Vogel Strauß Prinzip" oder "The same procedure as last year."

Weiterhin fehlen dem Haushalt Steuerungsinstrumente, wie eine Kosten- und Leistungsrechnung. Dadurch entsteht Transparenz, die eine entsprechende Steuerung möglich macht. Weithin ist es zwingend erforderlich die Produkte nicht nur zu beschreiben, sondern auch Ziele und Kennzahlen festzulegen. Dies ist gesetzlich im NkomVG vorgeschrieben, aber hier in Neustadt immer noch nicht vollzogen. Dabei hätte die Zielsetzung Einführung der KLR in diesem Jahr oder 2015 durchaus erfolgen können. Dann hätten wir zumindest ein Ziel gehabt.

Außerdem fördert eine klare Zielsetzung die Kreativität und somit auch die Erreichung entsprechend gesteckter Ziele. Dabei können die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mitwirken und ihre Ideen entsprechend entwickeln. Eine Kommune soll das vorhandene Wissen ihrer Beschäftigten nutzen, fortwährend ihre Prozesse verbessern und systematisch Innovationen schaffen. Entscheidend für den Erfolg ist eine strukturierte Steuerung mit entsprechender Transparenz und einem entsprechendem Berichtswesen.

Dieses fehlt in Neustadt.

Unter diesen Voraussetzungen meiner Einleitung kann ich den Ruf nach Mut verstehen. Es könnte aber auch ohne Mut gehen, dafür aber mit eindeutigen Zahlen und Zielen.

Aus unserer Sicht geht es trotz der oben aufgezählten Defizite voran in Neustadt – mit dem Haushalt 2014 gehen wir konsequent weiter auf unserem Weg:

Wir stärken und verbessern unsere Infrastruktur und die gesellschaftliche Teilhabe und das machen wir auf der Basis solider Finanzen.

Viele Städte und Gemeinden haben große Schwierigkeiten, einen ausgeglichenen Ergebnishaushalt vorzulegen. Das hören wir auch immer -wie gerade ausgeführt- bei den HH Einbringungen durch den Bürgermeister.

Wir haben uns im Dezember geweigert, den vorgelegten HH zu beschließen, obwohl der Bürgermeister verkündete, dass der **Haushalt** für das Planungsjahr **2014 ausgeglichen** ist. Dieses verwundert zunächst, da im Ergebnishaushalt 2014 ein Fehlbetrag von ca. 19,5 Mio. EUR besteht. Diese Differenz kann gemäß § 110 Abs. 5 Ziffer 1 Nds. Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) mit Überschussrücklagen verrechnet werden. Nach derzeitiger Einschätzung ist davon auszugehen, dass der Fehlbetrag mit

bestehenden Beständen der Überschussrücklagen im Zuge der Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2014 verrechnet werden kann.

Zu viele Fragen waren offen und konnten nicht erklärt werden, insbesondere bei den Personalaufwendungen.

Auch der Fehlbetrag in Höhe von ca. 19,5 Mio. EUR im Ergebnishaushalt 2014 erschien nicht nur zu hoch, sondern konnte in den Beratungen auch widerlegt werden. Mit Stand vom 28.01. ist uns dann ein Fehlbetrag von 15,5 Mio.EUR genannt worden. 4 Mio.EUR geringer!

Da in diesem Betrag immer noch von 20,2 Mio.EUR (Ansatz Personalaufwendungen 2013) und nicht vom Ist-Wert für 2013 18,7 Mio.EUR ausgegangen wurde (s. Drs. vom 13.01.) verringert sich der Fehlbetrag um weitere 1,5 Mio.EUR

Da auch nach unserer Einschätzung davon auszugehen ist, dass der Fehlbetrag mit bestehenden Beständen der Überschussrücklagen (ca.18,8Mio.EUR) im Zuge der Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2014 verrechnet werden kann, bleibt sogar noch ein Überschuss in Höhe von ca. 5,5 Mio.EUR.

Dieser Überschuss hilft uns bei unserem sehr ehrgeizigen Investitionsprogramm und führt die Ende 2013 verhängte Haushaltssperre ad absurdum.

Neustadt ist also entgegen der Meinung des Bürgermeisters weiter durchaus handlungs- und gestaltungsfähig.

Es gibt viel zu tun.

Vorausschicken möchte ich, dass wir uns bei unseren Beratungen -wie auch in den Jahren zuvor- von einer strengen Haushaltsdisziplin haben leiten lassen.

Zusätzlich zu den laufenden Instandhaltungen an allen öffentlichen Gebäuden, unseren Straßen, Brücken und Wegen wollen wir einige Erweiterungen vornehmen:

Wir haben neben dem erfolgreichen Programm Straßensanierung auch ein Programm für Sanierungsmaßnahmen an Turnhallen und Schulen auf den Weg gebracht, da hier ein besonders großer Sanierungsstau vorliegt.

Des Weiteren haben wir große Infrastrukturprojekte angeschoben. Diese sind u.a. der Neubau eines Rathauses, Investitionen für die Feuerwehr insbesondere im stark überalterten Fahrzeugbestand und für den Neubau eines Gerätehauses für die Schwerpunktfeuerwehr und nicht zuletzt die notwendige Begleitung für den Bau eines neuen Hallenbades durch die Blockheizkraftwerk und Hallenbad GmbH. Wir wollen und müssen durch diese Maßnahmen unsere Abschreibungen reinvestieren. Das heißt im Klartext: Wir vermehren unser städtisches Vermögen um mehrere Millionen Euro.

Neustadt ist eine bunte Stadt: **Gesellschaftliche Teilhabe** für alle ist unverzichtbar, Sprachförderung und viele andere Hilfestellungen in den Kitas und den Schulen sind nur der Beginn. Wir wollen allen Neustädterinnen und Neustädtern eine gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Somit sprechen wir über die Themen Integration und Migration. Für den Haushalt 2014 hat die SPD einen Prüfauftrag in die Verwaltung gegeben, die Möglichkeit eines kleinen Ratsausschusses oder eines Unterausschusses des Jugend- u. Sozialausschusses zu untersuchen. Hier könnten auch u.a. Seniorenangelegenheiten und Gleichstellungsfragen beraten werden.

Weiter haben wir in unserer HH-Klausur die Verwaltung wegen der aktuellen Flüchtlingsentwicklung gebeten zu prüfen, ob die Stadt Neustadt über das Maß der Notwendigkeit Wohnungen zur Verfügung stellen kann.

Die SPD teilt nicht die Auffassung des Bürgermeisters, in diesem Jahr die **Kitagebühren** anzuheben. Zunächst müssen KiTa-Standards festgelegt werden, bevor wir die Gebührenentwicklung betrachten können. Ein entsprechender AK soll dafür eingerichtet werden. Wir erwarten hier von der Verwaltung umfassende Vorlagen und Vorschläge.

Schon jetzt beschäftigt uns, dass die Verträge der vom Land gestellten Schulsozialpädagogen im Jahr 2015 auslaufen. Wir bitten die Verwaltung mit dem Land in Kontakt zu treten, um für eine Verlängerung der Verträge zu werben. Sollte das Aus unabwendbar sein, bitten wir um Kostendarstellung für diese Stellen, um eventuell diese wichtige Aufgabe in den städtischen Haushalt zu übernehmen.

Im Bereich des Sports sind wir dem Vorschlag des Bürgermeisters als Haushaltssicherungsmaßnahme eine Energiekostenpauschale für Vereine einzuführen nicht gefolgt, da aus Sicht der SPD eine solche Maßnahme aufgrund der Haushaltsentwicklung nicht notwendig ist.

Die SPD ist sich einig: Wir gestalten und stärken Neustadt – zum Wohle der Einwohnerinnen und Einwohner. Es gibt keinen Grund, Neustadt schlecht zu reden.

Ganz im Gegenteil, mit unseren Projekten und Maßnahmen stärken wir die Attraktivität von Neustadt.

Bereits 2012 hat die SPD in der HH-Rede verkündet: Sparsam haushalten ist gar nicht so einfach. Stehen dem gegenüber doch Ansprüche und Forderungen von Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen,

Schulen und anderen Einrichtungen, die wir alle gern erfüllen wollen und Projekte, die unsere Stadt attraktiv und lebenswert machen. Dies wird immer mehr zu einem Widerspruch und es ist unsere Aufgabe, diesen Widerspruch aufzulösen, den Dialog mit den Bürgern zu führen und die Fragen, wie wir uns als Stadt weiterentwickeln wollen, zu beantworten. Das war ein wesentlicher Grund für uns, einen Bürgerhaushalt nach unserer Forderung aufzustellen. Die Verwaltung hatte uns hierzu Vorschläge unterbreitet, die wir als Startschuss für einen Haushalt mit mehr Transparenz für die Bürgerinnen und Bürger in Neustadt verstanden und deshalb auch fortführen wollen.

Die SPD-Fraktion ist immer noch der Auffassung, dass BürgerInnen zukünftig grundsätzlich noch stärker in die Planungsprozesse der Stadtentwicklung einbezogen werden sollen. Eine Einbindung erzeugt ein hohes Maß an Akzeptanz, was gerade bei großen Investitionen unerlässlich ist. Leider mussten wir aber feststellen, dass sich bis jetzt nur sehr wenige in diesem Dialog eingebracht haben. Es ist auch schwierig, wenn große Investitionen auch eine große Komplexität aufwerfen und nicht nur mit ja oder nein zu entscheiden sind. Wir wollen trotzdem weiter den Dialog suchen in der Hoffnung, dass sich immer mehr BürgerInnen beteiligen werden.

Denn auch in den Bereichen Stadtentwicklung und Demographie liegen zukünftig herausragende Handlungsschwerpunkte, die vom Quartiersmanagement über Modellprojekte des Mehrgenerationenwohnens, Schaffung sogenannter "neuer Märkte" (gute Beispiele im Südharz und Nordrheinwestfalen) bis hin zur Stabilisierung von Ortsteilen reichen. An die Stelle von Verödung, hervorgerufen z.B. durch Zersiedelung von Landschaft und 08/15-Bebauungspläne und Bauten muss ein mit den BürgernInnen abgestimmter Planungsprozess treten, der auf ökologische und flexible Lösungen setzt und auch die vorhandenen Potentiale – wie Baulücken und Brachen – stärker nutzt. Heißt das, wie einige glauben, dass notwendige städtebauliche Entwicklung zukünftig auf einem quantitativ niedrigeren Niveau stattfinden muss? Nein: Denn die Lösungen liegen nicht in der Ausweisung neuer Wohngebiete, sondern vor allem in der qualitativen Entwicklung des Bestandes.

Die SPD setzt Schwerpunkte für den Straßenneubau und -ausbau.

Denn der Zustand unserer kommunalen Straßen ist ganz offensichtlich "in die Jahre" gekommen. Hierzu trägt auch bei, dass in der Vergangenheit die Investitionen aufgrund der angespannten Finanzlage der Stadt deutlich zurückgeschraubt wurden.

Durch diesen Prozess wird jedoch städtischen Vermögen aufgezehrt: allein in den vergangenen Jahren hatte sich das Anlagevermögen der Stadt erheblich reduziert.

Auch im Bereich der Gemeindestraßen verschleudern wir im Jahr 2014 ein Vermögen aufgrund zu geringer Werterhaltungsmaßnahmen.

Hier hilft nur eins: in Beton, also in Straßengold zu investieren.

Die Verwaltung plant deshalb im nächsten Jahr eine **Zustandserfassung** ihrer **Straßen** und **Nebenanlagen** durchzuführen und ein Pavement-Management-System (PMS) einzuführen. Mit dem PMS soll es möglich sein, konkrete Aussagen über den funktionellen und strukturellen Zustand von

erfassten Straßen zu treffen, um so die Notwendigkeit von Instandsetzungsmaßnahmen besser zu steuern. Diese Neuausrichtung unterstützten wir ausdrücklich.

Wenn Straßen in Schuss gehalten werden, müssen sie nicht teuer neu gebaut werden.

Was den Stellenplan anbetrifft, so ist festzuhalten, dass der Personalhaushalt inzwischen an Auszehrung leidet: "Magersucht statt Lean Management". Da liegen wir allerdings voll im Trend, denn überall im öffentlichen Dienst ist festzustellen, dass sich durch den Arbeitsplatzabbau der letzten zwei Jahrzehnte eine extreme Arbeitsverdichtung und Mehrbelastung ergeben hat.

Das heißt u.a., dass mit weniger Personal dieselbe und auch mehr Arbeit geleistet werden muss, was zu gesundheitlichen Problemen und – mit Blick auf mangelnde Perspektiven – auch zur Abwanderung von Kräften führt. Nicht zuletzt steuern wir auf einen Fachkräftemangel zu. Ein geregelter und angemessener Arbeitsablauf ist offensichtlich nur noch eingeschränkt möglich.

Im Grunde bedarf es also entweder neuer Stellen, um diesen Problemen gegenzusteuern oder man kann nur in der Größenordnung der Kapazität der einzelnen FD planen.

Wir haben uns dafür entschieden im Baudezernat zwei Stellen zu entfristen und zusätzlich im Bereich des Fachdienstes Immobilien eine Ingenieurstelle einzurichten. Für eine Ergänzung in der Stadtplanung soll eine befristete Stelle geschaffen werden, mit der Option einer Übernahme bei Bewährung.

Der Bereich der Wirtschaftsförderung ist unserer Ansicht nach mit zu vielen sachfremden Aufgaben überfrachtet. Dies bestätigt auch die von der Verwaltung vorgelegte Info-Drs.. Wir wollen hier vom Bürgermeister wissen, was aus Sicht der Verwaltung Wirtschaftsförderung für die Stadt bedeutet. Eine Geschäftsverteilung mit Zielvereinbarungen sollte uns hier schnell vorgelegt werden, um evtl. auch schnell eine externe Lösung zu finden, die dem Sachgebiet der Wirtschaftsförderung wie zum Beispiel in benachbarten Kommunen gerecht wird.

Wir wollen ein Berichtswesen über Personalveränderungen.

Dafür fordern wir einen sog. "Ist-Stellenplan" um eine transparente und überschaubare laufende Stellenübersicht zu haben.

Wir stellen den Antrag eine vierteljährige Berichterstattung im Bereich der Haushaltsentwicklung vorzulegen.

Außerdem fordern wir eine Überwachungsliste aller Beschlüsse und Anfragen, über deren Stand unaufgefordert im monatlichen Rhythmus berichtet wird.

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Haushalt 2014 bringt wichtige Weichenstellungen und Impulse für alle Ortschaften unserer Stadt. Die SPD-Fraktion stimmt dem Haushalt, dem Stellenplan und dem Investitionsplan in der jetzt vorliegenden Fassung mit den heutigen Ergänzungen zu, auch wenn sie sich für die Zukunft ausdrücklich Veränderungen und Nachjustierungsvorschläge vorbehält; denn "das Notwendige ist nie zu teuer bezahlt". (Cicero)